LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

26.04.2023
Drucksache 8/2562

öffentlich

Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

–

Fraktionen CDU, SPD und FDP

Pharmazeutische Versorgung nachhaltig sichern

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 8/2491**

Der Landtag wolle beschließen:

Versorgungssicherheit von Arzneimitteln sichern und Lieferketten stärken

1. Der Landtag von Sachsen-Anhalt betont, dass die Apotheken im Land und insbesondere im ländlichen Raum einen wichtigen Beratungs- und Versorgungsauftrag für die Bevölkerung übernehmen. Versandapotheken, die einen online-Handel betreiben, stellen eine Ergänzung des Versorgungsauftrags dar.

2. Der Landtag nimmt besorgt zur Kenntnis, dass nicht nur die Corona-Pandemie verdeutlicht hat, dass Liefer- und Versorgungsengpässe insbesondere von patentfreien verschreibungspflichtigen Arzneimitteln in den letzten Jahren angestiegen sind. Auch verstärkte Lieferengpässe von nicht verschreibungspflichtigen, gängigen Arzneimitteln sind zu beobachten. Gründe für die neuerliche Zuspitzung der Situation liegen u. a. in einer sprunghaft gestiegenen Nachfrage sowie in Produktions- und Lieferverzögerungen für Vorprodukte. Die damit verbundenen Faktoren sind vielfältig und betreffen u. a. die globale Konzentration und Verlagerung von Produktionsstätten der pharmazeutischen Industrie außerhalb Europas, Produktions- und Lieferverzögerung vor Ort und gestiegene Produktionskosten.

3. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass der Bund mit dem Gesetz zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei patentfreien Arzneimitteln und zur Verbesserung der Versorgung mit Kinderarzneimitteln verschiedene markt- und preispolitische sowie transparenzsteigernde Maßnahmen ergreifen möchte, um die Lieferketten und die Versorgungssicherheit zu stärken. Auch für die Bevölkerung Sachsen-Anhalts ist von besonderer Bedeu-

(Ausgegeben am 26.04.2023)

tung, dass etwa Preisregeln für Kinderarzneimittel gelockert oder erleichterte Bestimmungen für den Austausch in der Apotheke im Falle der Nichtverfügbarkeit eines Arzneimittels verstetigt werden sollen. Wesentlich für zeitnahes Gegensteuern ist die Etablierung des Frühwarnsystems zur Erkennung drohender versorgungsrelevanter Lieferengpässe, welches beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte angelegt wurde, auf Basis verbindlich zu gestaltender Lieferengpassmeldungen der Pharmazeutischen Unternehmer.

4. Der Landtag betont die Bedeutung der Pharmastrategie für Europa der Europäischen Kommission deren Ziel es ist, Patientinnen und Patienten den Zugang zu erschwinglichen Arzneimitteln zu gewähren, nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Nachhaltigkeit zu fördern, Umweltaspekte bei der Arzneimittelherstellung zu berücksichtigen sowie die Krisenvorsorge und Krisenreaktionsmechanismen zu verbessern und dazu diversifizierte und sichere Lieferketten zu schaffen. Die Landesregierung wird gebeten, den angekündigten Legislativvorschlag der Europäischen Kommission zügig zu prüfen und zu unterstützen, damit die genannten Ziele schnellstmöglich erreicht werden und zu einer Verbesserung der Arzneimittelversorgung führen.

5. Die Landesregierung wird gebeten, eine mögliche Anhebung der Studienplätze für Pharmazie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zu prüfen, um den Fachkräftebedarf besser bedienen zu können. Die Bemühungen der Apothekerkammer zur Nachwuchskräftesicherung werden ausdrücklich begrüßt.

6. Die Landesregierung wird gebeten, sich auf geeigneten Ebenen für eine sinnvolle Entlastung von bürokratischen Aufgaben in den Apotheken einzusetzen.

Begründung

erfolgt mündlich.

Guido Heuer	Dr. Katja Pähle	Andreas Silbersack
Fraktionsvorsitz CDU	Fraktionsvorsitz SPD	Fraktionsvorsitz FDP